

Vermischtes

Verbände sehen ambulante Pflege in Bayern wegen Kostenexplosion gefährdet

Mittwoch, 3. August 2022



/Tatjana Balzer, stock.adobe.com

München – Der Arbeitskreis privater Pflegevereinigungen sieht die ambulante Versorgung im Freistaat Bayern aufgrund der stark gestiegenen Kosten als gefährdet an.

„Die Pflege- und Krankenkassen in Bayern weigern sich, die enorm gestiegenen Energie- und Betriebskosten für ambulante Pflegedienste zu finanzieren“, teilten die sechs im Arbeitskreis zusammengeschlossenen bayerischen Verbände gemeinsam mit. Dadurch könne die pflegerische Versorgung vielerorts zum Erliegen kommen.

„Die explodierenden Benzinpreise und die hohe Inflationsrate haben zu einer dramatischen Sachkostensteigerung von cirka 14 Prozent geführt. Das ist mit den derzeitigen Vergütungen nicht refinanzierbar“, erläuterte der Landesvorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, Kai Kasri.

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern lehnten die Kassen in Bayern Verhandlungen über eine Refinanzierung aber ab, ergänzte Stefanie Renner vom Berufsverband für Pflegeberufe DBfK Südost. Die Verbände appellierten deshalb an Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU), sich für eine schnelle Vermittlung einzusetzen.

Kein Pflegedienst habe die Ressourcen, solche Kostensteigerungen auf Dauer aufzufangen, hieß es zur Begründung. Bis zu 30 Prozent der Pflegedienste überlegten deshalb, ihren Betrieb einzustellen.

„Dann werden es pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen noch schwerer haben, eine angemessene häusliche Versorgung zu organisieren“, betonte Gabriele Obermaier vom Landesverband des Verbands Deutscher Alten- und Be-

hundertenhilfe. „Private ambulante Dienste stellen einen großen Teil der ambulanten Versorgung in Bayern sicher.“

© *dpa/aerzteblatt.de*

Alle Rechte vorbehalten. www.aerzteblatt.de